



Zähfließender Verkehr auf der Autobahn A9 bei München. Entsprechend hoch sind die Abgase. Gleichwohl sank zuletzt die Luftbelastung. Der Weltgesundheitsorganisation WHO reicht das aber nicht, sie setzt auf verschärfte Grenzwerte. Das EU-Parlament muss entscheiden, ob es sie übernimmt.

Foto: Matthias Baik/dpa

# Drohen wieder Fahrverbote?

**LUFTVERSCHMUTZUNG** Die Schadstoffbelastung sinkt, trotzdem könnten strengere Regeln kommen.

Die Luftverschmutzung geht in ganz Deutschland zurück, auch in Nürnberg wurden die Grenzwerte für Stickoxide seit 2020 nicht mehr überschritten. Trotzdem drohen neue Maßnahmen, womöglich auch Fahrverbote. Die Redaktion sprach darüber mit dem Erlanger Siegfried Balleis, der Sonderbeauftragter der Bundesregierung für das Sofortprogramm „Saubere Luft“ war.

**Die Luftbelastung sinkt, zugleich werden wieder scharfe Maßnahmen befürchtet. Wie passt das zusammen?**

Es war schon ein riesiger Kraftakt, um überhaupt die bisherigen Grenzwerte für Stickoxide von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft einzuhalten. 2017 waren es 90 Städte, die die Grenzwerte gerissen haben. Jetzt sind es nur noch zwei. Aber jetzt bekommen wir womöglich die Grenzwerte von der Weltgesundheitsorganisation, und die halte ich schon für extrem ambitioniert. Die Grenzwerte für Stickoxide würden noch einmal stark sinken, von 40 auf 10 Mikrogramm. Wenn das kommen würde, fängt der ganze Tanz von vorne an. Für das Sofortprogramm „Saubere Luft“ hatten wir immerhin zwei Milliarden Euro investiert. Und ich fürchte, dass es mit den WHO-Grenzwerten dann nicht 90 Städte mit Überschreitungen sein werden, sondern viel mehr.

**Viele Fachleute halten schon die derzeit gültigen Grenzwerte für sehr streng. Richtig. Ich stand in engem Austausch mit den Experten von unserer Friedrich-Alexander-Universität, und Professor Hans Drexler, der auch Chef der Arbeitsmedizin ist, hatte die Grenzwerte auch als extrem ambitioniert bezeichnet. Und Feinstaub als viel schwieriger und gefährlicher im Vergleich zu Stickoxiden eingestuft. Kurioserweise ist die WHO aber bei den Stickoxiden viel ehrgeiziger, deren Grenzwerte liegen da um 75 Prozent niedriger, beim Feinstaub um 50 Prozent. Die Feinstaubpartikel bleiben in der Lunge, bei Stickoxiden**

**ZUR PERSON**

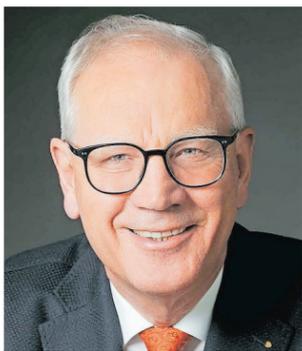


Foto: Glasow

**Siegfried Balleis (68)** war von 2017 bis 2020 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für das Sofortprogramm „Saubere Luft“. Von 1996 bis 2014 war der gebürtige Nürnberger Oberbürgermeister in Erlangen. Balleis arbeitete bei der Siemens AG und ist Mitglied der CSU.

kommt es zu einer vorübergehenden Reizung, die wieder abklingt. Ich hoffe, dass das EU-Parlament dies berücksichtigt, wenn es über eine Übernahme der WHO-Werte entscheidet. Es will sich voraussichtlich Mitte dieses Jahres mit dem Thema beschäftigen.

**Umstritten sind auch die Messstationen. Ihre Anzahl ist niedrig und sie befinden sich oft an Orten, an denen sich die Menschen nicht lange aufhalten.**

Ja, da gab es viele Diskussionen. Da wird das europäische Parlament ganz klare Regelungen finden müssen, die Verordnung von 2007 war nicht präzise genug. Hoffentlich ziehen die EU-Kommission und das Parlament Lehren aus der berechtigten Kritik, die es in den vergangenen Jahren gab.

**Welche Maßnahmen aus dem Sofortprogramm „Saubere Luft“ waren Ihrer Einschätzung nach am wirkungsvollsten?**

Das am schnellsten wirksame war die Elektrobus-Förderung. Busse sind den ganzen Tag unterwegs, eine zügige Umstellung von Verbrennungs- auf Elektromotor ist da sehr

effektiv. Ebenso auch die Umstellung bei anderen Fahrzeugen mit einer hohen Laufleistung wie etwa kommunale Fahrzeuge oder Handwerkerfahrzeuge. Wenig Sinn macht es, wenn ein Senior, der im Jahr gerade mal 5000 Kilometer fährt, seinen Verbrenner durch ein E-Auto ersetzt. Das ist zwar nett, aber unterm Strich bringt das wenig. Die Ökobilanz wird erst ab einer bestimmten Laufleistung positiv, vorher lohnt sich der Aufwand für die Herstellung der Batterien nicht, die hat ja auch einen ökologischen Preis. Man muss vor allem bei Massenverkehrssystemen ansetzen, bei Bussen oder Lkw kann man den schnellsten Effekt erzielen.

**Fahrverbote zählen also nicht zu den wirkungsvollsten Maßnahmen?**

Nein. Die „Deutsche Umwelthilfe“ hat 2017/18 immer die Keule herausgeholt und vor einigen Verwaltungsgerichten auch Recht erhalten. Hamburg war eine der ersten Städte, die mit einem Fahrverbot reagiert hat, aber das war Symbolpolitik, das hat nichts gebracht. Die Leute fahren dann einen Umweg und sind länger unterwegs, dadurch produzieren sie oft sogar mehr Emissionen. Nur eben nicht an der Stelle mit der Messstation. Dafür werden dann andere Anwohner stärker belastet.

**Falls die Grenzwerte bald gesenkt werden: Bringen neue Regelungen für Verbrenner überhaupt noch etwas oder sollte man einfach die Elektrifizierung beschleunigen?**

Sicherlich sind die Techniker in der Lage, auch bei Verbrennern nochmal etwas herauszukitzeln. Aber daran arbeiten sie ja schon seit Jahrzehnten, so viel besser wird es nicht mehr. Sinnvoller wird es also sein, auf Elektroantriebe umzustellen – oder auf Wasserstoffantriebe, die insbesondere für größere Fahrzeuge und weite Strecken geeignet sind.

**Was muss noch passieren, wenn die WHO-Grenzwerte kommen?**

Die Kommunen werden es auf kei-

nen Fall alleine schaffen. Ich bin der Überzeugung, dass es dann wieder eines entsprechenden Förderprogramms durch die Bundesregierung bedarf, um den Austausch von Verbrenner-Fahrzeugen mit hoher Laufleistung durch Elektrofahrzeuge zu forcieren. Das würde nur mit einem großen finanziellen Kraftakt möglich sein, letztlich durch die Steuerzahler. Die Industrie muss mit weiteren Beschränkungen rechnen und zum Beispiel in weitere Filter investieren. Auch Holzheizungen haben eine sehr starke Feinstaubbelastung, da könnte es neue Vorschriften zu speziellen Filtern für Pelletheizungen oder Kamine geben.

**Dabei sinkt die Schadstoffbelastung der Luft schon seit vielen Jahren.**

Natürlich, vor zehn oder 15 Jahren waren unsere Städte noch in einem ganz anderen Zustand. Aber die WHO argumentiert hier sehr hart und sagt, die Krankheitskosten sind höher als die Investitionen in scharfe Grenzwerte. So kann man die Schraube natürlich immer weiterdrehen. Aber der Aufwand und der Nutzen müssen in einem vernünftigen Verhältnis bleiben.

**Welche Städte in der Region haben im Rahmen des Programms „Saubere Luft“ Fördermittel des Bundes bekommen?**

Erlangen und Fürth gehörten nicht dazu, aber Nürnberg war wegen der - inzwischen unter die Grenzwerte gesunkenen - Messungen in der Vonder-Tann-Straße antragsberechtigt. Die großen Nutznießer der Förderungen waren Intensivstädte wie Hamburg, München oder Stuttgart. Aber auch Nürnberg hat ein spannendes und intelligentes Förderprogramm erhalten, um den Umstieg vom Auto zum Personennahverkehr attraktiver zu machen. Neben digitalen Anzeigentafeln wurde die Plattform „NürnbergMOBIL“ entwickelt, mit der man als App im Smartphone alle Fahrpläne abrufen, ganz einfach Tickets kaufen und aktuelle Störungsmeldungen erhalten kann.

**Interview: ERIK STECHER**

**KURZ BERICHTET**

**Orban zum fünften Mal Ministerpräsident**

**BUDAPEST** - Nach dem erneuten Sieg seiner Fidesz-Partei bei der Wahl am 3. April ist Ministerpräsident Victor Orban erneut vom Budapester Parlament bestätigt worden. Der Rechtsnationalist tritt das höchste Regierungsamt zum vierten Mal in Folge an und zum fünften Mal insgesamt. **dpa**

**Innenministerium hisst Regenbogenflagge**

**BERLIN** - Das Bundesinnenministerium hisst am Dienstag erstmals die Regenbogenflagge als Zeichen der Solidarität mit sexuellen Minderheiten. Wie das Ministerium mitteilte, soll die Flagge anlässlich des internationalen Tages gegen Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit (17. Mai) am Dienstsitz von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zu sehen sein. **epd**

**Kommunale Haushalte sind stark belastet**

**FRANKFURT** - Nach einer Umfrage der staatlichen Förderbank KfW bewerteten Ende 2021 48 Prozent von gut 700 Kommunen die Finanzlage nur als „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“. Nur 21 Prozent empfanden die Situation als positiv. Zwar stiegen die Gewerbesteuererinnahmen im vergangenen Jahr kräftig um rund 35 Prozent, allerdings profitierten davon vor allem strukturstarke Regionen. Die Mehrausgaben, etwa durch höhere Kosten für die Pandemiebewältigung, fielen jedoch in nahezu allen Kommunen an. **dpa**

**Protest gegen Pläne zur Überwachung**

**BERLIN** - Vier Bürgerrechtsgruppierungen in Deutschland haben sich entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission gewandt, im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern die Internet-Überwachung drastisch zu verschärfen. Das Kinderschutzpaket der EU-Kommission stelle über 440 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht, erklärte die Bürgerbewegung Campact gemeinsam mit den Organisationen Digital Courage, Digitale Freiheit und Digitale Gesellschaft. „Statt die Verbreitung illegaler Inhalte zu unterbinden, setzt es das Recht auf Privatsphäre außer Kraft.“

Die EU-Kommission hatte in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie Kinder im Netz besser schützen will. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson begründete die Pläne mit erschreckenden Zahlen. Allein im vorigen Jahr seien 85 Millionen Fotos und Videos entdeckt worden, auf denen der sexuelle Missbrauch von Kindern gezeigt werde. Der EU-Gesetzentwurf sieht vor, dass Internet-Unternehmen verpflichtet werden können, die privaten Nachrichten aller ihrer Nutzer nach illegalen Missbrauchsbildern zu durchleuchten. Dies würde auch populäre Chat-Dienste wie WhatsApp oder Signal sowie E-Mail-Angebote betreffen.

Die EU-Pläne waren bereits unmittelbar nach der Vorstellung auf Widerstand gestoßen – auch in dem Berliner Ampel-Parteien, SPD, Grüne und FDP. Der Chaos Computer Club kritisierte den Vorstoß und sprach von einer „fundamental fehlgeleiteten Technologie“.

Auch dem Deutschen Kinderschutzbund geht der Entwurf der Kommission zu weit. Der Großteil von Kindesmissbrauchsinhalten werde über Plattformen und Foren geteilt. **dpa**